



Papst Benedikt XVI., Kanzlerin Merkel in München 2006

DEBATTE

GOTT IST NICHT POLITIKER

WARUM SICH DIE DEMOKRATIE ENDGÜLTIG VOM CHRISTENTUM BEFREIEN MUSS

VON DIRK KURBJUWEIT

Gehört eigentlich das Christentum zu Deutschland? Die Frage scheint unsinnig, weil so viele Deutsche Christen waren und sind und die Kirchen lange eine große Rolle im deutschen Leben gespielt haben.

Gehört das Christentum zur Bundesrepublik? Vordergründig scheint das Gleiche zu gelten, ist doch die Bundesrepublik identisch mit dem aktuellen Deutschland. Aber wer Bundesrepublik sagt, betont das Politische, und da lohnt es sich dann schon, genauer hinzusehen.

Im Moment haben solche Sätze Konjunktur. Politiker sagen gern, was alles zu Deutschland gehört und was nicht. Bundespräsident Christian Wulff findet, das Christentum und das Judentum gehörten „zweifelsfrei“ zu Deutschland, der Islam gehöre auch dazu, allerdings ohne das Adjektiv „zweifelsfrei“. Der neue Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich dagegen behauptet, „dass der Islam zu Deutschland gehört, ist eine Tatsache, die sich auch aus der Historie nirgends belegen lässt“.

Warum muss das alles so gesagt werden, ob jetzt gut gemeint, weil integrierend, wie bei Wulff, oder etwas böse, weil ausschließend, wie bei Friedrich? Warum spielt Religion in der politischen Debatte wieder eine so große Rolle? Und ist das gut oder schlecht?

Der Grund liegt auf der Hand. Beim Attentat vom 11. September 2001 zeigte sich ein kriegertischer Islam, der den Westen entsetzt, aber auch beeindruckt hat. Da hatten ein paar Männer eine Entschlossenheit, Tatkraft und Todesverachtung gezeigt,

die aus ihrem Glauben zu kommen schien. Wie sich dagegen wehren? Eine Antwort war: sich auf die eigene Religion besinnen, um sich ebenso entschlossen verteidigen zu können oder um, was für Christen näherliegt, eine Verständigung aus dem gemeinsamen Gefühl von Religiosität zu erzielen.

Diese Renaissance des Glaubens hat sich zwar nicht im deutschen Alltag gezeigt, da die Mitgliederzahl der Kirchen weiter schrumpft und die Gotteshäuser nicht voller geworden sind. Aber der Diskurs hat sich geändert. Die einen schmähen den Islam und seine Anhänger wie einen neuen Feind. Die anderen betonen das Christliche. Der Mensch wird wieder stark als Religionsträger wahrgenommen.

Man könnte es auch so sagen: Gott mischt wieder kräftig mit in der deutschen Politik. Und dabei wird so getan, als hätte er ein ganz natürliches Anrecht darauf, als gehörte er zur politischen Grundausstattung, zum politischen Personal der Bundesrepublik, zur deutschen Demokratie. Aber das stimmt nicht. Die Bundesrepublik ist auch das Kind einer Befreiungsgeschichte. Die westlichen Staaten und Bürger mussten sich von politischen Vorstellungen des Christentums befreien, damit dieses Land so werden konnte, wie es ist. Doch nun geht es wieder um die Frage, ob das religiöse oder das demokratische Temperament bestimmen soll.

„So gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist“, soll Jesus auf die Frage geantwortet haben, ob er es für richtig halte, dass man dem römischen Kaiser Steuern

zahlt. Dies wurde später oft als Hinweis zitiert, dass es eine weltliche und eine geistliche Sphäre geben solle. Aber bis heute ist es nicht zu dieser klaren Trennung gekommen. Staat und Kirche bildeten über mehr als 1500 Jahre gemeinsam die Obrigkeit; die politische Rolle des Menschen war für beide Institutionen die des Untertanen. Sie waren sich weitgehend darin einig, dass man Untertanen ausbeuten darf. Aber wie sie die Macht ausüben und die Beute verteilen sollen, war umkämpft.

Zwei der wichtigsten Daten der deutschen Geschichte markieren Versuche, sich miteinander zu arrangieren. Beim Wormser Konkordat von 1122 wurden erstmals geistliche und weltliche Macht entflochten. Beim Reichsdeputationshauptschluss von 1803 wurden die geistlichen Fürstentümer aufgelöst. Insgesamt musste die Kirche den weltlichen Ansprüchen im Laufe der Jahrhunderte mehr und mehr weichen.

Dabei hatte sie lange ein gewisses Anrecht auf Macht und Pfründen. Viele Fürstenfamilien gründeten ihre Ansprüche auf „Gottes Gnaden“, er war der Souverän, gleichsam der oberste und einzige Wahlbürger, das komplette Elektorat. Seine Stimme, unter eher diffusen Umständen abgegeben, konnte mehrhundertjährige Regierungszeiten begründen. Das Christentum sorgte so für die Legitimation adliger Herrschaft. Die Kirche durfte eine starke Rolle in der Politik erwarten.

Für den demokratischen Staat gilt das nicht. Die Entwicklung zur modernen Demokratie begann damit, dass der Himmel entpolitisiert wurde. Frühaufklärer wie René Descartes oder Baruch de Spinoza stellten zunächst Gottes Allmacht in Frage: Descartes, indem er die Welt in einen materiellen und einen geistigen Bereich aufteilte, Spinoza, indem er Gott listigerweise so groß machte, dass er zu groß war für weltliche Dinge.

Damit war Platz für einen neuen Souverän in der Politik: das Volk. Der Aufklärer Jean-Jacques Rousseau machte es zu der Macht, die über die Gesetze entscheidet, indem es zu einem Gemeinwillen findet. Von einer politischen Rolle des Christentums hielt Rousseau nichts, denn „das Vaterland der Christen ist nicht von dieser Welt“, steht also in Konkurrenz zum weltlichen Vaterland. Seine Gedanken hatten wesentlichen Anteil an der Französischen Revolution. Als die Fürsten dann nach langen Wirrungen endgültig gestürzt wurden, ging Gott als politischer Akteur in den Ruhestand. Aus dem Elektorat des einen wurde das Elektorat der vielen.

Aber haben nicht christliche Werte die Demokratie erst möglich gemacht oder begünstigt? Das wird oft behauptet, ist aber höchstens halbrichtig.

Die Demokratie wurde rund fünfhundert Jahre vor der Geburt Christi in Griechenland erfunden. Es war allerdings eine kalte, hartherzige Form von Demokratie, viele Politiker landeten im Exil, der größere Teil der Bevölkerung, Frauen und Sklaven, spielte politisch keine Rolle.

Unbestreitbar gründet unsere heutige Demokratie auf einem Menschenbild, das viel mit dem Christentum zu tun hat. Das Konzept von der Kostbarkeit des einzelnen Menschen fand einen frühen und überaus starken Ausdruck in dem Gedanken, dass der Mensch ein Ebenbild Gottes sei. Von da ist es nicht weit bis zum Gedanken der Würde, der Gleichheit, des Rechts auf Unversehrtheit, der Freiheit. All dies liegt der modernen Demokratie zugrunde. Jeder Mensch ist kostbar und hat deshalb Anspruch auf Mitsprache und weitreichende Rechte.

Allerdings hat die christliche Kirche das Konzept von der Kostbarkeit des Menschen politisch sehr lange außer Acht gelassen, man könnte auch sagen: verraten. Erst die Künstler der Renaissance und dann die Aufklärer haben den Menschen in seiner Kostbarkeit wiederentdeckt und ihn gedanklich aus seiner Rolle des Untertanen befreit. Und wer Souverän ist, hat auch Anspruch auf gute Behandlung, also auf Menschenrechte oder auf Gleichheit vor dem Gesetz. So hat die Aufklärung das christliche Menschenbild wieder für das christliche Abendland lebendig gemacht.

Auch Christen haben Beiträge zur Aufklärung geleistet, sehr früh schon spanische Jesuiten, aber zu ihren Gegnern zählte die christliche Obrigkeit, die nicht lassen wollte von ihrem einträglichen Bündnis mit den Fürsten. Gerade in Deutschland hat das lange funktioniert. Bis 1918 war die protestantische Kirche Staatskirche und bildete die Obrigkeit mit dem kaiserlichen Staat. Die katholische Kirche war inzwischen zu einer Obrigkeit für sich geworden.

Noch in der Weimarer Republik zeigte sich, dass Kirchen nicht unbedingt Trägerinnen der Demokratie sind. Weimar ist nicht an zu wenig Christen gescheitert, sondern an zu wenig Demokraten. Zwar waren es später oft Kirchenleute, die dem Unmenschen der Nazis widerstanden haben, aber das ändert nichts am Eindruck von der politischen Indifferenz der deutschen Kirchen, denen der Staat als Partner in der Obrigkeit abhandengekommen war.

Für die Demokratie wurden die Kirchen erst in der Bundesrepublik gewonnen, und auch das nicht sofort. Reste kirchlichen Obrigkeitsdenkens hat erst der Aufstand von '68 weggeschwemmt. Heute hat es Deutsch-

land mit demokratisch weitgehend gefestigten Kirchen zu tun. Sie haben gelernt, haben sich demokratisiert, aber erst im Nachgang zur Gesellschaft, zum Staat. Die Politik hat die Kirche geläutert, nicht umgekehrt. Demokratischen Ruhm hat sich die Kirche nur da erworben, wo sie auf eine nichtreligiöse Obrigkeit traf, in der DDR.

Auch für die Politiker der CDU und der CSU gilt, dass sie ihr Menschenbild eher der Aufklärung zu verdanken haben als den Kirchen. Und die CDU ist schon seit längerem eine Partei, die so beschließt und handelt, als würde sie das C in ihrem Namen lieber loswerden. Ob Familienpolitik oder Stammzellforschung – unter Angela Merkel ist das Katho-



Muslimin in Afghanistan



Kruzifix in einer bayerischen Schule

liche dieser Partei kaum noch kenntlich. Man hat es weitgehend abgeschüttelt, man ist liberal und offen für neue Entwicklungen, wie die Gesellschaft insgesamt.

Als Bundeskanzlerin Angela Merkel Anfang 2009 den Papst kritisierte, hat sie ein weiteres Kapitel der Trennungsgeschichte von Staat und Kirche geschrieben. Benedikt XVI. hatte die Exkommunikation des Holocaust-Leugners Richard Williamson aufgehoben. Mit ihrer Kritik stellte Merkel die Staatsräson der Bundesrepublik – „einen positiven Umgang mit dem Judentum insgesamt“ – über den Absolutheitsanspruch des päpstlichen Wortes.

Wenn man das zusammenfasst, ergibt sich folgendes Bild: Der fürstliche Staat und die Kirche haben lange eine Obrigkeitsallianz zu Lasten der Menschen gebildet. Die Demokratie musste sich gegen die Kirche durchsetzen und hat deren frühes Menschenbild aus der Versenkung geholt. Der staatstragenden Volkspartei CDU bedeutet ihr christliches Erbe nicht mehr viel.

Gehört das Christentum also zur politischen Bundesrepublik? Im deskriptiven Sinn ja. „Die Welt ist alles, was der Fall ist“, hat der Philosoph Ludwig Wittgenstein geschrieben. Das Christentum ist eindeutig der Fall in der Bundesrepublik, es ist schlicht da. Aber meistens sind solche Sätze normativ gemeint, im Sinne von: Hat das Christentum einen guten Beitrag zur Bundesrepublik geleistet? Die Antwort ist: Die deutsche Geschichte ist auch die Geschichte einer Loslösung von den politischen Vorstellungen der Kirche.

Größere Ansprüche lassen sich daraus nicht ableiten. Was heute Staat und Staatsbürger ausmacht, musste gegen die christlichen Kirchen erkämpft werden. Deshalb gilt: Der Staatsbürger ist auch ohne Religion vollständig. Wenn er religiös ist, kann das wunderbar sein für ihn. Wenn nicht, gilt das Gleiche.

Da ist es fast absurd, dass die Trennung von Staat und Kirche in Deutschland immer noch nicht vollständig gelungen ist. Der Staat treibt weiterhin die Kirchensteuer ein, er organisiert den Religionsunterricht, in staatlichen Schulen hängt das Kreuzifix in Klassenzimmern.

Es ist ebenfalls fast absurd, dass im politischen Diskurs so häufig religiöse Kategorien eine Rolle spielen. Ob einer Christ oder Muslim ist, Bahai oder Jude, darf keine Rolle dabei spielen, ob er als Bürger dieses Landes willkommen ist. Wenn man sich das Ideal eines Staatsbürgers vorstellt, sieht das so aus: Er sollte die abendländische Trennungsgeschichte von Staat und Kirche akzeptieren, die Werte der Aufklärung respektieren und die Gesetze dieses Staates achten.

Wer ein Kopftuch tragen möchte, kann das als Ausdruck persönlicher Überzeugungen selbstverständlich tun, auch in der Schule. Ein Kreuz am Hals einer Lehrerin ist ebenfalls kein Problem. Eine Burka dagegen, die eine Frau in ein bewegliches Gefängnis hüllt, ist ein Verstoß gegen die Menschenwürde und damit gegen das Grundgesetz. Das steht in diesem Staat über religiösen Vorstellungen.

Damit sich die Religiösen aller Glaubensrichtungen in der Bundesrepublik wohl fühlen können, sind die letzten Schritte hin zum Laizismus notwendig, der klaren Trennung von Staat und Kirchen. Es wäre überdies die konsequente Fortsetzung der Geschichte dieses Landes. Doch als sich jüngst in der SPD eine Gruppe von Laizisten organisieren wollte, bekam sie Ärger mit der Parteiführung. Dieser Ansatz gilt immer noch als frevelhaft in Deutschland.

Im Moment gibt es unter Intellektuellen eine entgegengesetzte Bewegung. Manche religiöse Christen freuen sich auf religiöse Muslime, weil die Gesellschaft mit ihnen insgesamt religiöser wird. Jan Ross hat das in der „Zeit“ angedeutet, Überschrift: „Willkommen, ihr Götter!“ Ja, aber nicht als Politiker.

Für Patrick Bahners, Chef des Feuilletons der „Frankfurter Allgemeinen“, ist die Islamkritik „die jüngste Gestalt einer Religionskritik, deren Mittel und Zweck die Allmacht des Staates ist“. Das schreibt er in seinem Buch „Die Panikmacher“. Er verteidigt eine Welt, „wo Menschen ihre Religion als einen ewigen Bund und den Staat als ein Provisorium betrachten“. Man mache sich verdächtig, „wenn man bekennt, dass die Bindung an den Staat nicht die letzte ist, dass es höhere, natürliche Pflichten gibt, deren Verletzung der Staat nicht gebieten kann“.

Damit ist wieder die Frage aufgeworfen, ob nicht doch Gott der Souverän sein soll, letzte Instanz über einem verdächtigen Staat. Aber warum ist der so verdächtig?

Im Staat findet der rousseausche Gemeinwille seinen Ausdruck, der Wille des Souveräns, der Volk heißt. Er wählt die Parlamente, aus deren Gesetzen sich der Staat bildet. Und was sind Wahlen? Wahlen sind Veranstaltungen zur Mischung von Temperamenten und Meinungen. Das ist der unschätzbare Vorteil der Volkssouveränität und damit der Demokratie vor allen anderen Staatsformen. Wenn zig Millionen Menschen ihre Stimme abgeben, mischen sich aufbrausende und schläfrige Temperamente, harte und sanfte, religiöse und nicht-religiöse, dazu Meinungen aller Art. Meist kommt ein gelassener Staat dabei heraus.

Wenn Gott von ganz oben regiert, entscheidet dessen Temperament, dessen Meinung als letzte Instanz. Leider weiß niemand genau, was er fühlt und denkt. Damit hat die Priesterkaste viel

Deutungsmacht, heute sind das Kardinäle, Bischöfe, Imame, aber auch religiöse Politiker oder Publizisten. Die Meinungsbildung in den Religionen passiert zum großen Teil von oben nach unten, zum Beispiel über Dogmen. Demokratisch ist das nicht.

Zudem ist das religiöse Temperament nicht gelassen. Die Religion kommt aus der Ekstase, es geht um große Gefühle, Liebe und Hass, um das Eigene und das andere. Mythen sind nicht belegbar und deshalb nur schlecht versöhnungsfähig, man glaubt sie oder nicht. Oft geht es um scharfe Abgrenzung, mein Gott gegen deinen. Deshalb sind religiös grundierte Konflikte oft besonders erbittert, die Kriege besonders langwierig, zum Beispiel der Dreißigjährige Krieg, der nordirische oder der arabisch-israelische Konflikt.

Als Teil der demokratischen Mischung ist Religiosität willkommen. Wird sie übermächtig, wird es bedenklich. Denn der Staat verliert seine Gelassenheit, wenn er sich religiös orientiert. Ein Beispiel ist Iran, einen Geschmack davon lieferte auch die Regierungszeit von George W. Bush in den Vereinigten Staaten. Da war plötzlich ein christlicher Fundamentalismus im Spiel, der eine Bedrohung für die Welt wäre, würde er die Staatsmacht der USA wirklich in die Hände bekommen. Zum Glück entschieden sich die Wähler danach wieder für eine Mischung, die Politik mit Gelassenheit möglich macht.

Das Christentum kann Gläubigen viel schenken, Transzendenz, Trost, Ekstase, Seelentiefe. Es kann herrlich sein – als Privatsache. Als solche gehört es im besten Sinne zu Deutschland.



Bundespräsident Wulff mit Ehefrau Bettina in Istanbul

GETTY IMAGES